www.proLAA.at StR Dir. Mag. Isabella Zins buero@proLAA.at

DRINGLICHKEITSANTRAG für die Gemeinderatssitzung am 21. 3. 2018:

Die Fraktion proLAA stellt gemäß § 46 Abs 3 der NÖ Gemeindeordnung den Antrag auf
unverzügliche Sanierung der Hintaus-Straße (Zufahrtstraße zu den Hausnummern 154 und 38) in Kottingneusiedl

Begründung:

Die aktuellen Frostschäden haben zu unerträglichen Straßenverhältnissen geführt, die einer raschen Sanierung bedürfen. Darüber hinaus haben die Bewohner durch die Entrichtung der Aufschließungskosten bereits vor Jahren den Anspruch auf Herstellung einer asphaltierten Straße samt Gehsteig erworben, der bisher nicht eingelöst wurde.

Laa, am 21. 3. 2018

abgelehnt von ÖVP und SPÖ

www.proLAA.at StR Dir. Mag. Isabella Zins buero@proLAA.at

DRINGLICHKEITSANTRAG für die Gemeinderatssitzung am 21. 3. 2018:

Die Fraktion proLAA stellt gemäß § 46 Abs 3 der NÖ Gemeindeordnung den Antrag auf **zeitnahe Freigabe des 2010 unter Bgm. Fass gesperrten Ziegelofenweges für den Verkehr.**

Begründung:

Da heute im Gemeinderat ohnehin Wiederherstellungsarbeiten für den Ziegelofenweg beschlossen werden, bietet sich die Erweiterung des heutigen Beschlusses um eine Wiederöffnung an. Die 2010 von proLAA massiv kritisierte Schließung zurückzunehmen, ist aktuell umso mehr geboten, als die Bevölkerung, besonders die in Bahnnähe wohnenden Bürgerinnen und Bürger, dadurch eine direkte Verbindung zur neuen Umfahrung hätten, statt weite Umwege in Kauf nehmen zu müssen. ProLAA lädt daher alle Parteien ein, sich dem Antrag anzuschließen und im Sinne der BürgerInnen zu entscheiden.

abgelehnt von ÖVP und SPÖ

Laa, am 21. 3. 2018

www.proLAA.at StR Dir. Mag. Isabella Zins buero@proLAA.at

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Fraktion proLAA für die Gemeinderatssitzung am 21. 3. 2018:

Vorbereitung einer Beschlussfassung bezüglich einer zukünftigen Lösung für die Sammlung und Verwertung von Alt- bzw. Wertstoffen für die Gemeinderatssitzung im Juni, um weitere teure Zweigleisigkeiten zu vermeiden

Begründung:

Das außerhalb von Laa gelegene Rohrscheibl wurde vor Monaten behördlich geschlossen und hat damit seine Funktion als Kompostplatz für immer verloren. Die Laaer Umwelthalle ist – für alle BürgerInnen sichtbar - in die Jahre gekommen. Bevor – wie von der Bürgermeisterin geplant - 50.000 € für Zwischen- oder Notlösungen ausgegeben werden, ist eine Beschlussfassung über die konkrete weitere Vorgangsweise unabdingbar: Es bedarf in der nächsten Gemeinderatssitzung eines Beschlusses darüber, ob Laa sich an der Errichtung eines neuen Altstoff- bzw. Wertstoffsammelzentrums beteiligen wird oder ob die bestehende Umwelthalle in Laa nachhaltig saniert werden soll.
Es würde den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, denen wir Gemeindemandatare bei unseren Entscheidungen unterworfen sind, grob widersprechen, VORHER insgesamt 50.000 € für Rohrscheibl und Umwelthalle auszugeben.

Laa, am 21. 3. 2018

abgelehnt von ÖVP und SPÖ

ad TOP 11)

proLAA-ANTRAG, die Beschlussfassung über Top 11 – Auftragsvergabe Sanierungsarbeiten Umweltplatz Städtischer Bauhof – zurückzustellen, bis ein Grundsatzbeschluss über die weitere Lösung bezüglich eines Sammelzentrums getroffen worden ist

Begründung:
Nach langem Bemühen unserer Fraktion um eine bürgerfreundlichere Gestaltung des Vorplatzes der Umwelthalle (Bereich der Container) wurden im Oktober 2016 in einem Dringlichkeitsantrag aller Parteien Sanierungsarbeiten ab 2017 beschlossen. Der erste Schritt ist bereits erfolgt.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation allerdings gravierend verändert:
Im Land um Laa steht die Entscheidung über ein bereits in Planung befindliches neues Altstoff- bzw. Wertstoffsammelzentrum an, das den BürgerInnen so viel Service bietet, wie es die in die Jahre gekommene Laaer Umwelthalle niemals bieten kann.
Bevor nun also weitere 30.000 € in Sanierungsmaßnahmen des Platzes bei der Umwelthalle gesteckt werden, muss eine grundsätzliche Entscheidung für die Zukunft getroffen werden. Das gebieten die Grundsätze der „Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“, von denen sich Gemeindemandatare bei ihren Entscheidungen leiten lassen müssen.

abgelehnt von ÖVP und SPÖ